

Gemeinsamkeit statt Gezänk

Bayerns Kliniken wollen die Chancen der Krankenhausreform nutzen

Bei der Mitgliederversammlung der Bayerischen Krankenhausgesellschaft (BKG) rief der Vorsitzende, Franz Stumpf, die Partner im Gesundheitswesen zu mehr Gemeinsamkeit und weniger Egoismus auf. Das Krankenhausstrukturgesetz (KHSg), das Anfang Januar in Kraft trat, stand im Mittelpunkt der BKG-Jahresversammlung, zu der Mitte Dezember rund 200 Vertreter aus Kliniken und dem gesamten Gesundheitswesen Bayerns zusammenkamen.



Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml sprach anlässlich der BKG-Jahresversammlung 2015.

Mit Blick auf das vor Ende November 2015 in Berlin beschlossene KHSg sagte Stumpf: „Die Reform kann ein Erfolg werden, wenn alle Beteiligten ihre Energie für Patientenorientierung und die Weiterentwicklung der Versorgung anstelle von Egoismen und Missgunst einsetzen.“ Stumpf zog ein verhalten positives Fazit des über ein Jahr lang kontrovers diskutierten KHSg. Er erkannte an, dass die Reform „kein Spargesetz mehr ist und die finanziellen Rahmenbedingungen der Kliniken verbessert“. Für ein endgültiges Urteil sei es aber noch zu früh, weil wesentliche Teile des Gesetzes von den Krankenhaus- und Krankenkassen-Spitzenverbänden ausgehandelt werden müssten. Dafür sei laut Stumpf mehr Gemeinsamkeit erforderlich. Mit Blick auf die großen aktuellen Probleme wie Terror, Flüchtlingsströme und zunehmender Polarisierung in der Gesellschaft schlug er einen großen Bogen und mahnte: „Wir sollten uns fragen, ob kleinkariertes Gezänk und Spiegelfechtereien angebracht sind.“ Stumpf kritisierte die Äußerungen der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB)

zu den künftigen Regelungen zur ambulanten Notfallversorgung im KHSg. „Wenn man die Vergütung nach dem Schweregrad der Fälle differenzieren will“, sei die neue Regelung ein überfälliger Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit.

Das Grußwort sprach die Präsidentin des Bayerischen Landtags und ehemalige bayerische Gesundheitsministerin Barbara Stamm. Sie betonte, dass bei aller Wirtschaftlichkeit, die wichtig sei, die Menschlichkeit nicht auf der Strecke bleiben dürfe. Man arbeite gemeinsam an Qualitätsverbesserungen in der stationären Versorgung weiter, doch auch die Bezahlung der Menschen, die im Krankenhaus arbeiten, müsse stimmen.

Die Bayerische Gesundheitsministerin, Melanie Huml, berichtete in ihrer Rede aus den Verhandlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum KHSg sowie deren Auswirkungen auf die Krankenhäuser in Bayern. Insbesondere die Nachbesserungen zum KHSg seien „maßgeblich bayerisch geprägt“. Huml be-

tonte, wie wichtig die stationäre Versorgung gerade auf dem Land sei. Zum KHSg sprach sie die Punkte Qualität, Personal, Betriebskosten und Strukturfragen an. Die Ministerin warb für eine selbstbewusste und offensive Rolle der Kliniken in der Diskussion um die Qualität. Wenn die Qualitätsvorschriften im Gesetz methodisch sauber und objektiv vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) erarbeitet würden, hätten die bayerischen Kliniken nichts zu befürchten. In Bayern werde man wieder aktiv an einer sachgerechten Ausgestaltung mitwirken aber auch bei der Umsetzung „ganz genau draufsehen“. Huml betonte nochmals ihr Engagement für die stationäre palliativmedizinische Versorgung und sprach auch ihren Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken aus, die sich in vielen ehrenamtlichen Initiativen „mit ihrer Kompetenz und viel Empathie“ für die medizinische Versorgung der Asylbewerber engagiert haben.

Dagmar Nedbal (BLÄK)